
Desinformation mit System

Pro Reli und seine Unterstützer im Kampf
gegen den gemeinsamen Ethikunterricht in Berlin

Beispielanalysen

Berlin, November 2008

hier: Textbeiträge von Dr. Gerhard Weil

Einführung

1 Zum Begriff der Desinformation

„Mit Desinformation bezeichnet man die Verbreitung falscher oder irreführender Informationen. Motivation der Desinformation Irreführung nur von der obersten zuständigen Ebene geplant und entschieden wird und z.B. Massenmedien z.T. selbst in die Irre geführt werden und diese Falschinformationen in evtl. guter Absicht verbreiten, wenn sie nicht tatsächlich irrtümlich geschieht, die Beeinflussung der öffentlichen Meinung oder die Beeinflussung von Gruppen oder potenziellen Käufern, wobei möglicherweise die bewusste. Desinformation kann entweder direkt (Lügen, Betrug, Spamming) oder indirekt (subtile Unterdrückung objektiver oder geprüfter Fakten, Verschweigen oder Ablenken von der Wahrheit, Implizieren falscher Urteile) geschehen. Eine Information stellt gesichert dann eine Desinformation dar, wenn sie - Desinformation bewusst oder unbewusst - verbreitet wird, obwohl sie mit objektiven Maßstäben falsifizierbar ist. kann ein Teil der Öffentlichkeitsarbeit von staatlichen Stellen (z.B. Geheimdienst oder Militär), politischen Parteien und Gruppen, von Lobbygruppen oder von Einzelpersonen ausgeübt werden. Ziel ist Täuschung der Bevölkerung, Stimmungsmache oder Verwirrung des Gegners. Massenmedien wie Presse oder Rundfunk werden bevorzugt zur Desinformation der Bevölkerung genutzt. Das Fälschen von Statistiken, bzw. deren absichtliche Fehlinterpretation (*Eisegese*) ist ein häufig gebrauchtes Mittel, um der Desinformation den Anschein von Wissenschaftlichkeit zu verleihen. Desinformation kommt besonders häufig in totalitären Systemen vor. In Ländern mit freier, pluralistischer Presse ist Desinformation um einiges erschwert, da sie enttarnt, und durch Recherche widerlegt werden kann; sie findet jedoch auch hier regelmäßig von verschiedensten Seiten statt, muss aber um einiges subtiler betrieben werden, um langfristig Erfolg zu haben.“ (Wikipedia)

2 Akteure, Zielgruppen und Elemente der Desinformation

2.1 Die Akteure

In dem jahrelangen politischen Streit um die Einführung und dann Beibehaltung eines gemeinsamen, verpflichtenden Wertefaches in den Klassen 7 bis 10 der Berliner Schule haben sich die beiden Berliner Amtskirchen schon recht früh eingeschaltet und versucht, den Willensbildungsprozess des Landes in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ihnen zur Seite standen und stehen zwei der drei Oppositionsparteien im Ab-

geordnetenhaus, die CDU und die FDP. Daraus ergeben sich publizistische Unterstützungsaktionen bei der konservativen Presse bzw. konservativen JournalistInnen. Diese können oder wollen die Berliner Besonderheiten und die Zweckmäßigkeit der hiesigen Religionsunterrichtsregelung angesichts der Pluralität in unserer Stadt (nichtstaatlicher Religionsunterricht aufgrund der so genannten Bremer Klausel) nicht verstehen.

Im Jahre 2005 gründete der Rechtsanwalt Reymar von Wedel den „Notbund für den evangelischen Religionsunterricht“, der sich zunächst für den Erhalt von Religionslehrerstellen einsetzte und mit der Namenswahl bewusst an den 1933 von Pfarrer Martin Niemöller gegründeten „Pfarrernotbund“ erinnern wollte. Der Pfarrernotbund war seinerzeit gegründet worden, um Pfarrern zu helfen, die von ihrer Kirche – im vorauseilenden Gehorsam gegenüber den Nazis – vom Pfarramt ausgeschlossen wurden und kein Gehalt mehr bekamen. Reymar von Wedel schrieb 2005 in der Zeitung "Die Kirche": "Viele, die unseren Aufruf zur Bewahrung des Religionsunterrichtes begrüßt haben, stellen die Frage, warum dieser Vergleich: So schlimm wie 1934, als Niemöller den Pfarrernotbund gründete, ist es doch heute nicht. Das ist richtig, aber es kann so werden und manches ist schon heute vergleichbar." Es war und ist auffällig, dass die Kirchen und Bischof Huber sich zu keiner Zeit von einer solchen Diffamierung distanziert haben. Mehr noch, später wurden auch durch Bischof Huber Vergleiche mit der Zeit des Nationalsozialismus bemüht (vgl. die Analyse im Abschnitt II.1).

Schnell mischte der "Notbund für den evangelischen Religionsunterricht" auch in der Auseinandersetzung um den Ethikunterricht mit und es kam nach der gesetzlichen Einführung von Ethik sozusagen als "outsourcing" zur Gründung des Vereins „Pro Reli e.V.“. Dieser erreichte im Sommer 2008 mit 34 000 Unterschriften die erste Hürde zur Durchführung eines Volksbegehrens für ein staatliches Wahlpflichtfach Religion als Alternative zu einem dann nicht mehr verpflichtenden Ethikunterricht. Dieser Verein wird nicht nur inhaltlich von den beiden Amtskirchen unterstützt, sondern auch organisatorisch mit Beauftragten in allen Kirchenkreisen und finanziell (laut „Notbund aktuell“). Pro Reli hat mittlerweile eine professionelle Werbeagentur eingeschaltet.

2.2 Die Zielgruppen

Will man einen Volksentscheid erreichen, benötigt man in Berlin zur Zeit 170 000 Unterstützer, keine kleine Zahl in einem Land, in dem die Katholische Kirche 9 Prozent und die Evangelische Kirche 21 Prozent der Bevölkerung organisiert.¹ Deshalb gehören sicher alle wahlberechtigten Berliner zur Zielgruppe. Dennoch besteht ein Klientel, das den Argumenten von Pro Reli tendenziell eher aufgeschlossen zu sein scheint als andere. Dazu gehören in erster Linie Kirchgänger und Gemeindemitglieder, die in kirchlichen Diensten Stehenden, Anhänger der CDU und der neoliberalen FDP (deren Kirchenpapier aus den Siebzigern in Berlin schamhaft verschwiegen wird), bürgerliche Schichten, eher Bewohner aus dem Westteil der Stadt und eher Gymnasial- als Hauptschuleltern. Die Zielgruppe im publizistischen Bereich ist größtenteils mit der der Akteure identisch, die aus Kirchenkreisen nur regelmäßig mit Meldungen versehen werden müssen. Außerdem versucht man gezielt auch in unabhängigeren Medien Journalisten als aktive Unterstützer zu gewinnen.

2.3 Elemente der Desinformation

Um bis zum 21. Januar 2009 mehr als 170 000 Wahlberechtigte zu einer Unterschrift für Pro Reli zu bewegen, bedarf es einer starken Emotionalisierung dieses an sich langweiligen Themas, das bestenfalls Teile der Elternschaft und der Großeltern von schulpflichtigen Jugendlichen interessiert. Außerdem muss

¹ Nach Angaben des Statistischen Amtes Berlin-Brandenburg hatte Berlin am 31.12.2007 insgesamt 3.416.000 Einwohner. Davon gehörten der Evangelischen Landeskirche 733.000 (21%), der Römisch-katholischen Kirche 318.000 (9%), der Jüdischen Gemeinde 12.000 und den islamischen Religionsgemeinschaften 216.000(6%) der Einwohner an.

man relative detaillierte Kenntnisse von folgenden Sachverhalten haben, um sachbezogen diskutieren zu können: Wissen um das „Berliner Modell“ des Religionsunterrichts und der Bremer Klausel des Grundgesetzes. Sehr unterschiedlich ist auch die Beteiligung am Religionsunterricht in der Grundschule mit ca. 75 Prozent und in der Oberschule mit ca. 25 Prozent, dort verstärkt konzentriert auf den Westteil der Stadt und auf die Gymnasien. Denn im Ostteil ist die Interessentenzahl am Religionsunterricht relativ gering. So nehmen z.B. am Religionsunterricht des gesamten Bezirks Treptow-Köpenick nur 6 Realschüler teil. Auch die Tatsache, dass in Berlin nur etwa 30 Prozent der Bevölkerung kirchlich organisiert sind versetzt "Westdeutsche" in ungläubiges Staunen. Starten die Kirchen demzufolge eine Kampagne gegen die Einführung des Ethikunterrichts und sammeln – wie geschehen – dagegen Unterschriften mit dem Argument der Bedrohung des Religionsunterrichts, so setzten sie dabei vorwiegend Religionslehrkräfte in den Grundschulen ein, wo es ja die meisten Eltern von den Religionsunterricht besuchenden Kindern gibt. Einer Schulform übrigens, die vom geplanten Ethikunterricht Klasse 7 bis 10 gar nicht betroffen war und ist. Dort wurde aber plakatiert, Schüler machten Hausbesuche etwa mit dem Hinweis, der Arbeitsplatz der eigenen Religionslehrerin wäre bedroht, was schon keiner Desinformation, sondern einer Lüge gleichkommt.

Analysiert man die in den bisherigen Kampagnen von Pro Reli und den Amtskirchen sowie ihrer Unterstützer produzierten Texte, stößt man sehr schnell auf bestimmte Bausteine, d.h. Schlagworte und Argumentationsmuster wie z.B.:

- Beschwörung der Religionsverfolgung in der Nazizeit (siehe Notbund)
- Argumentationsschiene Kommunismus – Sowjetbesatzer
- das DDR-Regime und seine Kirchenfeindlichkeit
- die Partei DIE LINKE als SED-Nachfolgerin und jetzt als Regierungspartei
- Diffamierung der Vertreter von Pro Ethik oder deren Gruppen als Feinde des Religionsunterrichtes
- Kampf gegen den islamischen Fundamentalismus durch Kontrolle und Verstaatlichung des islamischen Religionsunterrichts
- Beschwörung der freien Wahl, d.h. der "Wahlfreiheit" gegen „Zwangsteilnahme“ am Ethikunterricht – Freiheit gegen Zwang
- Bedrohung der Religionsfreiheit durch Behinderung des Religionsunterrichtes und
- Diffamierung des Ethikunterrichtes als konzeptionsloses "Mischmaschangebot" von Lehrkräften ohne eigenen Standpunkt.

Insgesamt zielen die Desinformationen auf die Emotionalisierung besonders zweier Bevölkerungsgruppen. Älteren Westberlinern soll eine erneute Herausforderung durch Kommunismus, gewürzt von den aktuellen Gefahren durch Islamisten, verbunden mit dem Appell an die Freiheit vorgegaukelt werden,. Die andere Gruppe ist in den zahlreichen "Zugewanderten" in Ost und West zu sehen, denen es vielfach an den oben erwähnten Grundinformationen über den Religions- und Ethikunterricht fehlt und die selbst *staatlichen* Religionsunterricht als mehr oder weniger normal erlebt haben – hier sind insbesondere die zahlreichen zugezogenen Journalisten als Multiplikatorengruppe besonderes wichtig. Dagegen werden die Bürger aus dem Ostteil Berlins, wenn sie nicht zu den Gemeindemitgliedern oder zu Opfern des DDR-Regimes gehörten, deutlich weniger angesprochen, zumal hier die Zahl der religiös Ungebundenen deutlich höher ist.

II Beispielanalysen aus der Praxis der Desinformation

2 "Argumente" von Pro Reli und seiner Unterstützer – Streiflichter aus 2008 von Dr. Gerhard Weil²

Kommen wir nun ins Jahr 2008, in dem Pro Reli das genannte Volksbegehren erwirkte und an der zweiten Stufe arbeitet. Selbstverständlich fühlten sich konservative JournalistInnen berufen, diese Aktion nach Möglichkeit politisch-ideologisch zu unterstützen, weit über die Chronistenpflicht von Medien hinaus.

Ulrich Clauss, Politikredakteur der "Welt"

Der Politikredakteur Ulrich Clauss von der "Welt" schrieb schon am 8. Februar 2008, noch im Vorfeld des Volksbegehrens von „ProReli“: *„Die Bürgerinitiative „ProReli“ streitet für die Wiedereinführung des Faches Religion an Berliner Schulen. Der rot-rote Senat hatte dieses abgeschafft – eine viel kritisierte Entkirchlichungspolitik – und ein Einheitsfach Ethik stattdessen verordnet.“* Ungestraft zu behaupten, die Regierung hätte den Religionsunterricht in der Stadt abgeschafft, wo an der Lösung der freiwilligen Teilnahme seit 1948 im Westteil Berlins nie etwas geändert wurde, ist fraglos „welt“meisterlich und gehört eigentlich vor den Bundespresserat!

Gerd Appenzeller, Redaktionsleiter des "Tagesspiegel"

Am Pfingstsonntag stieg auch Gerd Appenzeller, Redaktionsdirektor des „Tagesspiegel“ in seinem Leitartikel „Pfingsten - ein Fest. Christen als Störfaktor“ in den Ring: *„Der parlamentarische Geschäftsführer der SPD im Abgeordnetenhaus, Christian Gaebler, wies den Tagesspiegel-Bericht zurück, wonach seine Partei Ethik als verbindliches Fach auch auf die Grundschule ausweiten und damit Religion auch hier aus dem verpflichtenden Stundenplan herausdrängen wolle.“* Wer der deutschen Sprache halbwegs mächtig ist, kommt doch dabei unweigerlich zu dem Schluss, dass in der Oberschule Klasse 7 bis 10 mit Einführung des Ethikunterrichtes Religion aus dem verpflichtenden Stundenplan heraus gedrängt wurde. Dabei war der Religionsunterricht seit 1948, etwas kurz nach Gründung des „Tagesspiegel“, bis heute noch nie im verpflichtenden Stundenplan gewesen, soll es aber nach dem Willen von „Pro Reli“ mit der Alternative Ethik erstmals werden! Es wäre begrüßenswert, wenn die in der gleichen Redaktion sitzende Brigitte Grunert, die sonst die sprachlichen und grammatikalischen Fehlritte in Politikerreden penibel aufspürt, sich auch einmal ausnahmsweise um die Hervorbringungen ihres Kollegen Appenzeller kümmern würde. Aber der bemüht ja bereits schon die „Methode DDR“: *„Macht man ein Fach fakultativ und erreicht damit in einer ohnedies immer mehr belastenden Schule, ganz ohne offenen Zwang, dass die Kinder es nicht mehr belegen.“* Fakultativ, also freiwillig, war zwar seit Blockadezeiten Religionsunterricht immer im Westteil der Stadt, auch unter CDU-Regierungen, aber ein Hinweis auf die Kommunisten tut jeder Kampagne gut!

Aber Herr Appenzeller konnte es im Tagesspiegel vom 23. 9. 2008 noch besser, nachdem sich Pro Reli über das in Berlin für alle, auch politische Parteien und Gewerkschaften, geltende bürokratische Anmeldeverfahren von Straßenständen beschwerte. Da sah er sofort eine Niedertracht des Senats. Und außerdem: *„Einem nur noch fakultativen Unterrichtsfach, das sieht man seit Jahren, werden sich die Schüler irgendwann entziehen, weil es ihnen die seit der Schulreform noch knapper gewordene Freizeit weiter einengt.“*

Mit dieser Methode ist es der SED komplett und West-Berliner Landesregierungen weitgehend gelungen, die Region ziemlich frei vom Christentum zu machen. Ob das der moralischen Festigung und

² Dr. Gerhard Weil ist Erziehungswissenschaftler und Experte auf dem Gebiet der interkulturellen Bildung und Erziehung, er ist Sprecher der Initiative Pro Ethik und des Landesausschusses für multikulturelle Angelegenheiten der GEW. Er ist aktives Mitglied der Buddhistischen Gesellschaft Berlin und hat den Rahmenlehrplan für Buddhistischen Religionsunterricht in Berlin mit erarbeitet.

der Verankerung ethischer Prinzipien in der Gesellschaft im Osten Deutschlands geholfen hat, mag jeder selbst beurteilen.

Nach übereinstimmender Ansicht gibt es einige zentrale Entwicklungen der vergangenen zwei Jahrtausende, die das Abendland geformt haben. Dazu gehören die Fundamente des Judentums, die griechische Philosophie, das römische Recht, die Prinzipien der französischen Revolution, die Aufklärung – und das christlich geprägte Menschenbild.

Wenn man in Berlin meint, sich von einem Teil dieses geistig-kulturellen Erbes verabschieden zu müssen, geschieht das aus der Angst vor etwas, was man nicht versteht und von dem man nichts weiß, weil man sich nie ernsthaft damit beschäftigt hat. Der Hass auf die Religion als etwas, das dem Staat die totale Kontrolle über seine Bürger entzieht, hatte im Europa des 20. Jahrhunderts freilich Tradition weit über Berlin hinaus.“

Wieder unterschwellig der Vergleich mit Nazis und Kommunisten (letzter Satz!). Wieder der Vorwurf an die christdemokratischen Landesregierungen, also an Herrn von Weizsäcker und Herrn Diepgen, die Ausbreitung des Christentums behindert zu haben und dann aktuell die vermeintliche Leugnung der beschriebenen Fundamente. Auch Herrn Appenzeller hülfe ein Blick in den Rahmenlehrplan Ethik, wo dies alles selbstverständlich vorhanden ist. Aber der vermeintliche „Hass auf die Religion“ ist ja mittlerweile die beachtliche Steigerung oft beschriebenen Bedrohung der Religionsfreiheit durch die angebliche Behinderung des Religionsunterrichtes. Wie man sich in einer liberalen Tageszeitung so in Wortwahl und Intention vergreifen kann, ist zumindest erstaunlich. Viel Arbeit jedenfalls für Chefredakteur Lorenz Maroldt, der in RBB ein am gleichen Tag unter dem Motto „Zu kurz gedacht – Es gibt gute Gründe das Volksbegehren Pro Reli abzulehnen“ einen deutlich anderen Kommentar senden ließ (abgedruckt in der blz – Berliner Lehrerzeitung der GEW-Berlin – November 2008).

Joachim Stoltenberg, Kommentator der "Berliner Morgenpost"

Das Pfingstfest scheint beflügelt zu haben, denn auch in der „Berliner Morgenpost“ schreibt am 11.5.2008 Joachim Stoltenberg zum Ethikunterricht an Berlins Schulen *„Gegen diese von der rot-roten Koalition beförderten Verbannung des Religionsunterrichtes aus dem Lehrplan ab Klasse 7 wehrt sich die Bürgerinitiative „Pro Reli“.*“ und erhöht Appenzellers angeblich verpflichtenden Stundenplan gleich zum Lehrplan, was den Wahrheitsgehalt der Aussage leider nicht erhöht. Er behauptet sogar, in Berlins Grundschulen werde *„bislang Religion als offizielles Unterrichtsfach angeboten...“*, ein Fehlinformation, die nach 60 Jahren unveränderter Praxis eigentlich auch in der Rudi-Dutschke-Straße hätte vermieden werden können.

Sascha Steuer, Bildungspolitischer Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus

Auch in Presseerklärungen und anderen Verlautbarungen der CDU und der FDP, die beide das Volksbegehren von Pro Reli intensiv unterstützen, findet sich eine Vielzahl von irreführenden, manipulativen Formulierungen. Wegen Mangel an Gelegenheit kann man diesen in der Regel nicht widersprechen. Anders war dies bei einer Expertenanhörung, die am 22. Mai 2008 u.a. zum Pro-Reli-Volksbegehren im Abgeordnetenhaus stattfand. Ein besonders eklatantes Beispiel von Unterstellung des Kampfes gegen den Religionsunterricht lieferte dort der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Sascha Steuer in einer Kontroverse mit mir als Vertreter der GEW. Herr Steuer zu mir gewandt: *„Wir hatten bis zur Einführung des Ethikunterrichts eine Sondersituation. Sind wir nun von der Sondersituation abgekommen, oder hat sie sich verschärft? – Sie hat sich verschärft – das sehe ich die ganze Zeit an Ihrem Gesichtsausdruck, Herr Dr. Weil, auch wenn Sie das Gegenteil davon behaupten –, weil Sie mit dem Ethikunterricht gegen den Religionsunterricht kämpfen wollen, um das ganz klar zu sagen. Herr Dr. Weil, verstehen Sie mich nicht falsch!“*

Antwort von mir: *„ Herr Steuer! Sie haben erstaunlicherweise an meinem Gesichtsausdruck gesehen, dass ich – trotz des Vortrags, den ich gehalten habe – als Vertreter der GEW im Grunde genommen den Religi-*

onsunterricht bekämpfen wollte. Dazu möchte ich Ihnen zwei Punkte nennen. – Erstens: Die GEW vertritt eine Vielzahl von Religionslehrkräften – auch in tariflichen Auseinandersetzungen. Die Kirche ist in diesen Auseinandersetzungen oftmals einer der härtesten Arbeitgeber und Gegner, die wir überhaupt haben. Zweitens: Ich bin Mitglied der Buddhistischen Gesellschaft Berlin und habe – gemeinsam mit anderen – in deren Auftrag einen Religionslehrplan entwickelt und beim Schulsenator eingereicht. Danach ist der buddhistische Religionsunterricht eingeführt worden, das heißt, dass ich mir zugutehalten kann, dass ich daran mitgewirkt habe, dass der Religionsunterricht in der Breite für 6 500 Buddhisten, die es in Berlin geben soll, stattfindet. Insofern ist Ihre Bemerkung, ich würde den Religionsunterricht abschaffen wollen, etwas irrelevant. Ich sitze sogar als stellvertretendes Mitglied für die Buddhistische Gesellschaft Berlin im Landesschulbeirat.³

Seitdem sich mehrere evangelische und katholische Theologen, zumeist pensionierte Pfarrer, innerhalb der Initiative Pro Ethik zur Gruppe „Christen Pro Ethik“ formiert haben und in Presseberichten an die Öffentlichkeit gegangen sind, haben übrigens die Unterstellungen à la Steuer von grundsätzlicher Religions-/Religionsunterrichtsfeindlichkeit gegenüber den Pro Reli-Gegnern spürbar nachgelassen.

Weiter zu ausgewählten Presseartikeln.

Robin Mishra vom Rheinischen Merkur in der TAZ

Selbst in der ansonsten recht ideologiekritischen "TAZ" konnte man auf Desinformationsversuche stoßen, die teilweise schon den Level ausgewachsener Lügen aufwiesen. Da erschien am 12.8..2008 ein Gastkommentar des Leiters des Hauptstadtbüros vom „Rheinischen Merkur“ unter dem Titel „In dubio Pro Reli“: *„Die Initiative Pro Ethik weist gern darauf hin, dass der konfessionelle Religionsunterricht nicht in eine säkulare Stadt wie Berlin passe.“* Diese Behauptung ist eine glatte Lüge und reine Erfindung des Autors. Im Gegenteil, in allen unseren Verlautbarungen wird das Fortbestehen des bisherigen Religionsunterrichts gefordert und die tatsächliche Freiheit betont, beides zu wählen, den obligatorischen Ethikunterricht und das freiwillige Religions-bzw. Weltanschauungsfach. Pro Reli will die Schüler dagegen zur einschränkenden Abwahl eines der beiden (dann) Pflichtangebote zwingen. In unseren Papieren taucht jedenfalls der Begriff „säkulare“ nie auf, sondern vielmehr Begriffe wie "plurale Gesellschaft", "Stadt mit einer Vielfalt der Religionen und Weltanschauungen" und "multikulturelle Stadt".

„Die Befürworter des Ethikunterrichts weisen auf dessen "integrative Wirkung" hin. Integrieren lassen sich aber nur Standpunkte. In einer von Religionen und Konfessionen geprägten Welt ist eine aus Kant, Karl Marx, Dalai Lama und Jesus Christus zusammengebraute Ethik ein reines Gedankenkonstrukt.“ Besonders abenteuerlich ist dieses Argument des Autors. Da hätte ein Blick auf den öffentlich im Netz stehenden Rahmenlehrplan des Faches sicher zur Wahrheit verholfen. Zudem wäre etwas mehr Allgemeinbildung wünschenswert, dann wüsste er, dass die Grundlagen der Ethik 500 Jahre vor Christus in der Antike geschaffen wurden. Das Wertesystem unseres Grundgesetzes und die Menschenrechte bilden darüber hinaus ein sicheres, unumstrittenes Fundament.

„Der Versuch von Berliner SPD und Linkspartei, die Religion aus den Schulen zu verdrängen, mutet an wie ein Kulturkampf gegen einen imaginären Gegner.“ Dazu nur zur Erinnerung: Die Lösung des vom staatlichen Unterricht getrennten Religionsangebotes gibt es in Berlin seit der Blockadezeit 1948 und ist durch die „Bremer Klausel“ des Grundgesetzes (Artikel 141) gedeckt. Damals bestand der streitbare evangelische Landesbischof Dibelius angesichts der Vereinnahmung des staatlichen Religionsunterrichts in der Kaiser- und vor allem in der Nazizeit auf einem Angebot in eigener konfessioneller Trägerschaft mit staatlicher finanzieller Unterstützung. Selbst als im Westteil der Stadt eine CDU/FDP-Koalition das etwas später

³ Fundstelle: www.parlament-berlin.de → Parlamentarische Materialien → Ausschussprotokolle → Ausschuss für Bildung, Jugend und Familien → Wortprotokolle → Sitzung vom 22.5.2008.

ändern wollte, scheiterte sie am Nein des Bischofs – der leider nicht mehr lebt.⁴ Immer wieder wird auch von Pro Reli das Märchen in die Welt gesetzt, diese Regelung gehe auf die Anordnung des ersten sowjetischen Stadtkommandanten 1945 zurück, als habe es danach keine Revisionsmöglichkeiten in freier Selbstbestimmung gegeben. Von denen hat selbst der CDU-Regierende Bürgermeister von Weizsäcker, der auch Kirchentagspräsident war, nie auch nur ansatzweise Gebrauch gemacht, ebenso wenig wie Herr Diepgen.

Mechthild Küpper

Ganz auf der Linie der Diffamierung zeigt sich auch die Korrespondentin der FAZ, Mechthild Küpper, in ihrem Feuilleton-Beitrag vom 29.11. 2008. *„Während die Linkspartei kirchenfern ist und entsprechend kühl argumentiert, tritt die Berliner SPD seit je als forsche Agentin des Atheismus auf.“* Begründet wird dieser kühne Satz mit der Mitgliedschaft *„leitender Mitglieder des „Humanistischen Verbands“* an maßgeblicher Stelle von Politik und Verwaltung. Das konnte man eigentlich dem jahrelangen Ringen der Berliner SPD um den Ethikunterricht bis zum Parteitag im Jahre 2005 so nicht entnehmen –immer wieder wurde den Amtskirchen die Hand zur Kooperation ausgestreckt(vor allem vom langjährigem Schulsenator Böger) und es wurden sogar Staatsverträge geschlossen. Frau Küpper sieht dagegen den *„aggressive(n) Atheismus West-Berliner Prägung“*, was angesichts der Nachkriegsgeschichte Berlins mit drei christdemokratischen Regierenden Bürgermeistern (Suhr, v. Weizsäcker, Diepgen) einigermaßen verwundert – aber da war Frau Küpper wahrscheinlich noch nicht in der Stadt!

Das Neueste: Vermeidung des Wortes "Religionsunterricht"

Als vorläufigen Höhepunkt der Desinformationskampagne des Vereins Pro Reli sind laut „Tagesspiegel“ vom 16.11.2008 folgende Überlegungen angesichts einer zur Hälfte der Unterschriftensamlungszeit unbefriedigenden Zahl von Unterschriften anzusehen: *„Die Wahlfreiheit in den Vordergrund zu stellen und nicht den Religionsunterricht, gehört zur neuen Strategie des Bündnisses „Pro Reli“. „Wir haben lange überlegt, was die Kernbotschaft ist und wie man die Leute am besten erreicht“, sagte Christoph Lehmann, Vorsitzender des Vereins „Pro Reli“. Die „Freie Wahl“ unterstützten auch diejenigen, die mit Religion nichts zu tun haben wollen. „Manche zucken sofort zurück, wenn sie das Wort Religion hören“, brachte es ein junger Mann von der Evangelischen Jugend auf den Punkt. Nun ist den Ständen der Initiative der Zusammenhang mit „Pro Reli“ kaum noch anzusehen, so groß prangt „Freie Wahl“ auf den Schildern. Nur in kleiner Schrift steht daneben „zwischen Ethik und Religion““.* Bei soviel Heuchelei sind es solche Christen wert, aus Kirchenräumen geworfen zu werden, wie es laut „Berliner Zeitung“ vom 15.11.2008 einer Religionslehrerin beim Unterschriftensammeln in der Gemeinde Baumschulenweg tatsächlich wiederfuhr.

⁴ Vgl.: Rülcker, Tobias: „Die Berliner Lösung des Religionsunterrichts- nach 60 Jahren ein Auslaufmodell“, Seite 312 ff in Rülcker, T. (Hrsg.) „Modell Berlin, Schule und Schulpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts“, Peter Lang Verlag, Frankfurt/M. 2007.